

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

I/XXI/46

Bonn, den 4. August 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

Zurück zu Adenauer

46

"Politische Arbeitsgemeinschaft Kirche und Welt - Freundeskreis
christlich demokratischer und christlich sozialer Politiker e.V."

Die Gründung des Baron zu Guttenberg

2

Dossier Atomsperrvertrag

44

Amerikanische Zugeständnisse in Sicht ?

Von Pierre Simonitsch, Genf

3 - 4

"Freiheit wovon - Freiheit wozu ?"

63

Interessante Ergebnisse einer Umfrage der Katholischen Jugend

Von Dr. Günther KILLER, MdB

Bundesvorsitzender der Jungsozialisten

5

Wackeliger "Burgfrieden" in Spanien

32

Studenten und Arbeiter bleiben unruhig

Von unseren HE-1-Korrespondenten in Madrid

Zurück zu Adenauer

"Politische Arbeitsgemeinschaft Kirche und Welt - Freundeskreis christlich demokratischer und christlich sozialer Politiker e.V."

Die Gründung des Baron zu Guttenberg

sp - Am 19. Juli 1966 wurde in Bonn die "Politische Arbeitsgemeinschaft Kirche und Welt - Freundeskreis christlich demokratischer und christlich sozialer Politiker e.V." in das Vereinsregister eingetragen. Führender Mann dieses neuen Vereins ist der CSU-Bundestagsabgeordnete Freiherr zu Guttenberg. Schon seit längerer Zeit wurde vermutet, daß Herr von Guttenberg die Absicht habe, sich über die CSU hinaus eine größere "Hausmacht" zu schaffen. Hierbei muß man wissen, daß den Parteifreunden Guttenbergs der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU schon seit jeher ein Dorn im Auge ist, zumal sich dessen Mitglieder vornehmlich um Außenminister Schröder scharen.

Bei der Gründungsversammlung des Guttenberg'schen Vereins hat der bayerische CSU-Abgeordnete von einem "Mißbehagen politisch interessierter Katholiken an der Entwicklung in Bonn" gesprochen. Er hat auch darauf hingewiesen, daß diese Katholiken bei den letzten Wahlen entweder den Urnen ferngeblieben seien oder sogar SPD gewählt hätten. Deshalb solle - so zu Guttenberg - die "Arbeitsgemeinschaft Kirche und Welt" die Gründe für das Unbehagen katholischer Wähler an der CDU/CSU-Politik untersuchen und nach Möglichkeit abstellen.

Obwohl Herr zu Guttenberg mit Entschiedenheit die Vermutung zurückweist, sein Verein solle die Rolle einer Partei innerhalb der CDU/CSU spielen, ist man sich doch bei den evangelischen CDU-Anhängern darüber klar, welcher Weg eingeschritten werden soll: die Entmachtung jener Politiker in Bonn, die wie z.B. Schröder und Erhard als "evangelische Exponenten" keinerlei innere Bindung zu den ursprünglichen Wurzeln der CDU/CSU haben.

In einem Interview mit dem MANNHEIMER MORGEN hat Herr zu Guttenberg deutlich gemacht, welche Absichten er mit seinem Verein verfolgt. Auf die Frage, ob der Verein präzise oder allgemein formulierte innen- und außenpolitische Zielsetzungen habe, antwortete Herr zu Guttenberg:

- * "Das Wahlergebnis von Nordrhein-Westfalen hat die Notwendigkeit von Selbstüberprüfung und Selbstkorrektur der gegenwärtigen Unionspolitik bestätigt. Was not tut, ist die Erarbeitung von klaren innen- und außenpolitischen Konzepten und die Manifestation eines überzeugenden Führungswillens. Generell gesprochen sieht die 'Arbeitsgemeinschaft Kirche und Welt' den Schlüssel zur Lösung dieser Aufgabe in der entschlossenen Fortsetzung und zeitgemäßen Anwendung der unter den Regierungen Adenauer entwickelten Leitlinien der Unionspolitik. In einzelnen bedeutet dies, daß sich die 'Arbeitsgemeinschaft' auch zu konkret anstehenden Fragen der Tagespolitik zu Wort melden wird."

Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß sich der Verein "Arbeitsgemeinschaft Kirche und Welt" bald auch mit öffentlichen Erklärungen und Veranstaltungen bemerkbar machen wird, die den Stempel ZURÜCK ZU ADENAUER tragen dürften.

Dossier Atomsperrvertrag

Amerikanische Zugeständnisse in Sicht?

Von Pierre Simonitsch, Genf

Die amerikanische Regierung will ihre Rücksichtnahme auf die Haltung Bonn's, betreffend eine direkte Beteiligung am Atomwaffenarsenal der NATO, fallenlassen, ist aus gutinformierten diplomatischen Kreisen zu erfahren. In Washington hat sich jetzt nach langen internen Auseinandersetzungen die Tendenz durchgesetzt, wonach ein Atomsperrvertrag mit der Sowjetunion wichtiger sei als die Befriedigung der Wünsche Bonn's. Dies ist bereits anlässlich der letzten Pariser NATO-Tagung klar ersichtlich geworden. Wie die "New York Times" zu berichten weiss, werden die USA die erwarteten Zugeständnisse nicht vor dem Herbst unterbreiten (also nach dem Ende der diesjährigen Abrüstungssession), um die angelegere Position Erhards nicht noch mehr auszuhöheln.

Bei der Genfer Abrüstungskonferenz ist man schon seit einiger Zeit auf substantielle amerikanische Zugeständnisse vorbereitet. Ein Abkommen über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen (Nonproliferation) scheiterte bisher daran, dass die Sowjets einen deutschen Mitbesitz an den Atomwaffen der NATO - selbst unter Beibehalt eines amerikanischen Vetos - nicht dulden wollen. Die Frage, ob nach sowjetischer Auffassung auch eine Konsultation zwischen Verbündeten über Belange der Atomstrategie unzulässig ist, hält Moskau vorläufig offen. Es ist aber anzunehmen, dass die Sowjets einen NATO-Atomausschuss ohne politischen Kompetenzbereich akzeptieren würden. Ähnliche Arrangements bestehen ja auch im Warschauer Pakt.

Nach einem erfolglosen Besuch in Bonn wurde der amerikanische Chefdelegierte an der Abrüstungskonferenz, William Foster, vor einigen Wochen nach Washington beordert, wo er an den Konsultationen und Aussprachen teilnahm. Vor seiner Abreise aus Genf soll er einem westlichen Kollegen gegenüber seiner Hoffnung Ausdruck gegeben haben, bald mit neuen Vorschlägen an den Konferenztisch zurückkehren zu können. Nach den letzten Informationen scheint es jedoch, dass Präsident Johnson vorerst dem Bundeskanzler während dessen für Mitte September geplanten Besuchs in Washington seine Entschlüsse erklären möchte.

Die Bundesregierung ist in dieser - keineswegs überraschend gekommenen - politischen Entwicklung weder konsultiert noch bisher davon offiziell in Kenntnis gesetzt worden. Es ist den USA sicherlich schwer gefallen, die Ansichten Bonn beiseitezuschieben. Aber einerseits würde ein deutscher Mitbesitz am Atomschirm über Westeuropa eher die Auflösung der NATO beschleunigen als das Bündnis zusammenzuschweissen, andererseits haben die USA infolge der Zuspitzung des Vietnamkonflikts gegenwärtig kein wichtigeres Ziel vor Augen als ein Abkommen mit der Sowjetunion. Die Bundesregierung wäre gut beraten gewesen, ihre illusorischen atomaren Wünsche, die von niemandem geteilt werden, schon früher zu begraben.

+ + +

"Freiheit wovon - Freiheit wozu ?"

Interessante Ergebnisse einer Umfrage der Katholischen Jugend

Von Dr. Günther Müller, MdB

Bundesvorsitzender der Jungsozialisten

Was ist zu tun, wenn man feststellt, daß nur wenige junge Menschen Interesse für Jugendorganisationen haben? Diese Frage stellte sich der Katholischen Jugend in Bayern; sie ging einen neuen Weg. Durch Befragungen versuchte sie zu ermitteln, für was junge Menschen am meisten Interesse zeigen, was sie stört und wofür sie sich engagieren. Politische Jugendorganisationen haben nicht genau die gleichen Probleme, aber aus der Umfrage der Katholischen Jugend können auch sie lernen.

Die Zeiten der alten Jugendbewegung sind vorbei, genauso vorbei wie für die Katholische Jugend die Zeiten der "Heinabend" mit belehrenden Vorträgen von Geistlichen. Den Jugendgruppen, die am "alten Zopf" hängen bleiben, so zeigt sich immer deutlicher, laufen die Mitglieder davon.

In ihrer Freizeit treiben die Jungen am liebsten Sport, die Mädchen üben am liebsten die neuesten Modetänze. Sie hören aber auch gern Schlager und lesen bildende Bücher. Diese Ergebnisse erbrachte eine Umfrage der Deutschen Katholischen Jugend in einer bayerischen Kleinstadt, dem Milieu, in dem 50 Prozent der Bevölkerung der Bundesrepublik leben.

Bei der Umfrage wurden 500 Fragebogen mit nicht weniger als 18 Einzelfragen ausgegeben; 337 kamen voll beantwortet zurück. Für eine Umfrage auf freiwilliger Basis ist das ein beachtliches Ergebnis. Das Thema der Interviewaktion war: "Schranken, Fesseln und Gebote - Freiheit wovon, Freiheit wozu?"

Auf die Frage, wer ihnen als größter Feind ihrer persönlichen Freiheit erscheine, nannten vor allem die Jungen bis zu 17 Jahren mit überwältigender Mehrheit die Bundeswehr. Weitere "Feinde" in der Reihenfolge der häufigsten Nennung: Die Polizei, der Chef im Betrieb und - die Gewerkschaften. Bei den Mädchen ergab sich eine andere Reihenfolge der "Feinde": Polizei, Parteien und kirchliche Vorschriften.

Erfreulich ist, daß sich die Jugendlichen fast ohne Ausnahme für die Demokratie als beste Staatsform entschieden.

Wie lesen junge Menschen Zeitungen? Die Jungen lesen zuerst den Sportteil, dann die Witze und Karikaturen und schließlich den Lokalteil. Die Mädchen beschäftigen sich zunächst mit den Überschriften und vertiefen sich dann in den Fortsetzungsroman. Politischer Teil und Leitartikel werden kaum gelesen. Vielleicht kann mancher Wahlkämpfer für seine nächste Auseinandersetzung hier gute Tips finden.

Aufschlußreich sind auch die Antworten der Jungen und Mädchen zu Fragen, die mit Glauben und Kirche zusammenhängen. Sie waren sich völlig einig über die Antwort auf die Frage: "Durch welche kirchliche Vorschrift fühlen Sie sich am meisten in ihrer Freiheit bedröht?" Die meisten nannten an erster Stelle das Tanzverbot in der Fastenzeit, gefolgt vom kirchlichen Sonntagsgebot, der Kirchensteuer und dem Bücherindex. Bei den über 18-Jährigen sah die Reihenfolge der beanstandeten Vorschriften allerdings anders aus: Bekenntnisschule, Wahlempfehlungen für "christliche" Politiker, Filmzensur.

Die Antworten zu Fragen nach dem Beruf sollten die dafür Verantwortlichen in der Politik zum Nachdenken veranlassen. Ein Drittel der befragten Jugendlichen erklärte, wenn sie Gelegenheit hätten, würden sie den Beruf wechseln. Nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung verlangt also eine Berufsausbildung, die eine größtmögliche Mobilität ermöglicht.

Als Lebensziele für die nächste Zeit stellten sich die jungen Menschen: Reisen, heiraten, ein Haus bauen.

Die Katholische Jugend will aus dieser Umfrage konkrete Folgerungen ziehen. Ihr Landessekretär Gustl Geißler erklärte in München: "Wir möchten unsere Angebote an die nichtorganisierte Jugend durch zeitgerechte methodische Vorschläge interessant machen." Man hat den Plan, der an die Agitprop-Veranstaltungen der Arbeiterjugend in der Weimarer Republik erinnert, Kurzreferate zu Zeitproblemen durch szenische Darstellungen aufzulockern - vom Sketch bis zum Kabarett. Der Tanzce zum Wochenende, das Schlagerfestival und der Sport sollen den nichtorganisierten Jugendlichen nach den Vorstellungen der Landesführung der Katholischen Jugend ansprechen, nicht mehr die belehrenden Vorträge der Ortsgeistlichen.

Wackeliger "Burgfrieden" in Spanien

Studenten und Arbeiter bleiben unruhig

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

Nach den studentischen Unruhen, die Spanien in den vergangenen zwölf Monaten erlebte, hat sich die Regierung zu einem "Waffenstillstand" mit den Studenten entschlossen, um einen möglichen Störfaktor aus dem öffentlichen Leben auszuschalten.

Ob dieser "Burgfrieden" von langer Dauer sein wird, bezweifelt der gegenwärtige Präsident der seit mehr als Jahresfrist existierenden "studentischen Berufsvereinigungen", Luis Ortega Escós, der beim gegenwärtigen Nationalkongress einen vom Delegierten der technischen Hochschule Sevilla, Carlos Angel Maestre, eingebrachten Misstrauhsantrag erfolgreich abwehren konnte. Maestre hatte sich über den "Mangel an Information" und über das "seichte Geplätscher der Diskussion" beschwert. Er erklärte wörtlich:

- * "Wir sind sicher, dass weder die Delegierten noch die Führer der
- * an den Universitäten bestehenden politischen Gruppierungen alle
- * Reformen akzeptieren".

Obwohl den Studenten der Generalangriff auf das offizielle Studentensyndikat "SEU" misslang, erreichten sie eine neue Regierungsverordnung, die auch den sogenannten "freien" Studenten das Wahlrecht zuerkennt, die Wahlpflicht für die Studenterkörperschaften beseitigt und die "übermäßige Kontrolle" seitens der zuständigen Behörden verhindert. Die Studenten haben damit zwar ein wichtiges Ziel erreicht - aber die "SEU" wird von dieser Neuregelung nicht berührt.

Um den Wahlmodus geht es auch bei den gegenwärtigen Auseinandersetzungen zwischen den Vertikalsyndikaten und den "Arbeiterkommissionen" von Bilbao und Madrid. Die "Arbeiterkommission" von Bilbao will ebenso wie die von Madrid unter den Arbeitern eine Geldsammlung veranstalten, um den Wahlkampf ihrer Kandidaten zu finanzieren. Im Falle von Madrid ist sicher, dass diese Arbeit von den Behörden unterbunden wird. Einige der führenden Köpfe der Ende Juni gescheiterten Arbeiterdemonstration wurden nach ihrer zehntägigen Haft von ihren Funktionen innerhalb der Syndikate entfernt. Die gemassregelten Funktionäre haben gegen diese Massnahme Einspruch erhoben.